

# FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für  
Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V.,  
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

## Mitteilungen an Freunde und Förderer



Nr. 6  
Oktober/November 2009

## Sozialismus – nie wieder!

Als im Mai 1990 die 30. und letzte Ausgabe der IGFM-Zeitschrift „DDR-Heute“ erschien, ahnte die Redaktion, allesamt ehemalige politische Gefangene des SED-Regimes, nicht, wie schnell die Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus beiseitegeschoben werden. Für uns – Menschenrechts- und Opferorganisation – ist es ein unerträglicher Gedanke, wenn Mitglieder einer Partei darauf vereidigt werden, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen (Bund) oder Verfassung und Gesetz in demokratischem

Geiste zu befolgen und zu verteidigen (Land), in deren Reihen Leute sind, die an der Einschränkung von Freiheit und Menschenrechten mitgewirkt hatten. Nicht zu vergessen all diejenigen, die im Westen Deutschlands im Auftrag des MfS, aus kommunistischer

Mit dem nachfolgenden Aufruf wenden wir uns an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, ein Bekenntnis zur Aufarbeitung, Aufklärung und Wiedergutmachung abzugeben.

Überzeugung und zum Teil gegen Geld Mitmenschen bespitzelt, verleumdet, verraten und gefährdet haben.

Versöhnen wollen wir uns mit denen, die zur Sühne, Aufarbeitung und Wiedergutmachung bereit sind, aber nicht mit denen, bei denen die notwendige Erkenntnis, dass für Verbrechen Verantwortung übernommen werden muss, nicht vorhanden ist und Täter mit dem Gesetzbuch in der Hand unter Hinweis auf Verjährung gegen Opfer klagen. Verjährung macht Täter nicht zu Unschuldigen!

An: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt

An die Vorsitzenden der Parteien im Deutschen Bundestag

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Sie hat die Menschenrechte aller andersdenkenden DDR-Bewohner über Jahrzehnte hinweg auf das Schwerste verletzt. Erinnern wir uns! Wie sah das Leben in der DDR wirklich aus? – Zum Alltag gehörte

- obligatorischer Wehrkundeunterricht und vormilitärische Ausbildung der Jugendlichen
- Verpflichtung aller Geistesschaffenden – vorrangig der Richter – zur sozialistischen Parteilichkeit
- Vorenthaltung der innerdeutschen und internationalen Reisefreiheit
- ein allgegenwärtiger und allmächtiger Staatssicherheitsdienst mit Spitzeln in allen Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen und den Kirchen
- Begünstigung und Unterstützung des internationalen Terrorismus
- Systematischer Terror durch hohe Freiheitsstrafen für geringfügige Vergehen
- Psychische Folter und unmenschliche Haftbedingungen
- Missbrauch seelenheilkundlicher Mittel und „Methoden zur Bestrafung und Diskreditierung („Zersetzung“) Andersdenkender
- Zwangsadoption von Kindern politisch Verfolgter
- Zwangsmitgliedschaft in paramilitärischen Kampftruppen
- Zwangsausweisungen von politisch missliebigen Personen
- rund eintausend rechtswidrige Tötungen an der Mauer und innerdeutschen Grenze
- Tarnung von politischen Morden als „Unfall“ oder „Selbstmord“, Hinrichtungen

Verantwortlich dafür waren neben der KPdSU die DDR-Staatspartei SED und das Ministerium für Staatssicherheit. Nach der friedlichen Revolution schlüpfte die SED in ein anderes Kleid und gab sich einen neuen Namen. Sie strebt nach Mitsprache und verharmlöst und verklärt die Vergangenheit. Für die Opfer der bis 1989 verübten Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes, d.h. der Herrschaft der SED, ist der zu verzeichnende Machtzuwachs der DIE LINKE eine schwer zu ertragende Entwicklung. Während die Opfer von politischer Verfolgung und Haft, Mauerbrand und Bespitzelung, Studier- und Ausbildungsverbot unwiederbringlich ihrer Lebensperspektiven beraubt wurden, will die umbenannte SED diese hunderttausendfachen Schicksale schulterzuckend als bloße Fehler oder leider unvermeidliche Irrwege dieser Partei hinstellen. Und das, um sich den Weg zu neuer Macht, einer erneuten sozialistischen Umgestaltung unseres Landes zu ebnet. Dagegen protestieren wir.

Wir fordern Sie auf, nur mit jenen eine Zusammenarbeit anzustreben, die ein klares Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte, zur demokratischen Grundordnung und zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht abgeben, dessen Verharmlösung, Nostalgie und Bündnissen mit Altgestrigen entgegneten und danach auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen handeln.

Ich unterstütze diesen Appell der IGFM

Name, Anschrift, Datum, Unterschrift

Mit der Nennung und Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden  
Bitte senden Sie mir weitere \_\_\_\_\_ Exemplare dieses Aufrufs.

Ja  Nein

## Aufarbeitung und Zeitzeugenarbeit notwendiger denn je!

Machen Sie Lehrer auf die IGFM als  
zuverlässige Informationsquelle  
aufmerksam!

Die IGFM sieht es als ihre Pflicht an, an die Verbrechen und den Machtmissbrauch in der DDR zu erinnern.

Zwischen 1972 und 1990 hatten sich Zigtausende an die IGFM mit der Bitte um Hilfe gewandt. Geblieben sind aus dieser Zeit mehr als 10.000 Einzelfall-Akten mit über 20.000 betroffenen Menschen, darunter über 2.400 politische Gefangene. Hinzu kommen zahlreiche Publikationen sowie einige tausend Seiten aus Stasi-Unterlagen, die wir von vielen ehemaligen Opfern nach dem Mauerfall zur Einsicht erhielten. Wir haben Anfang des Jahres begonnen, die Akten digital zu erfassen, damit wir bald die Systematik der umfassenden Überwachung, der Verfolgung, Schikaniierung bis hin zur „Zersetzung“ an konkreten Beispielen immer wieder veröffentlichen können. Knapp 6.000 Akten haben wir bisher gesichtet, neu geordnet und zum Teil erfasst. Die Aufnahme und Katalogisierung der zum größten Teil über 30 Jahre alten Akten, erst recht das Lesen vergilbter handgeschriebener Briefe oder der damals üblichen dünnen Briefdurchschläge ist mühselig und zeitaufwendig, aber sie holen uns die DDR-Vergangenheit täglich erneut in die Gegenwart zurück. Zu dem bisher einen ehrenamtlichen Mitarbeiter, kommen jetzt zwei hinzu, aber wir werden nicht umhinkommen, einen Journalisten zumindest halbtags anzustellen. Um das wahrscheinlich größte private DDR-Fall-Archiv für die Nachwelt erhalten und daraus Nutzen ziehen zu können, rechnen wir mit einem Aufwand von 30 – 50.000 Euro. Bis zur kommenden Jahreshauptversammlung in Bonn am 26. – 28. März 2010 wollen wir erste Resultate vorlegen.

Damit gerade die junge Generation nicht leichtfertig in die Hände von Klassenkämpfern gerät, die die Universalität der Menschenrechte ablehnen, muss die Begeisterung für die Aufarbeitung ständig neu belebt werden. Ich bitte Sie, helfen Sie uns dabei!

Ihr

Karl Hafen  
Geschäftsf. Vorsitzender



**Kennwort: Aufarbeitung (14)**

## Russlands Wehrmacht erneut am moralischen Abgrund? Wortbruch, Verrohung, Vertuschung

*Am 19. September 2009 geschah ein schier unglaublich dreistes Verbrechen: Um sich der Strafverfolgung zu entziehen, entführten russische Offiziere aus einem Militärkrankenhaus einen Rekruten, der dort wegen Misshandlungen untersucht wurde. Svetlana Utkina, Mitarbeiterin des Soldatenmütterkomitees, die sich schützend vor den Soldaten stellte, renkten die Offiziere beide Arme aus. Der junge Mann ist seither verschwunden.*

Roman Demjantschikow wurde erst vor drei Monaten einberufen und leistete seinen Militärdienst in der Nähe der Stadt Naro-Fominsk im Gebiet Moskau ab. Bereits nach kurzer Zeit berichtete er seiner Mutter über Erpressungen und Verprügelungen anderer Rekruten. Die Mutter, die ahnte, dass etwas nicht stimmte, fuhr zur Einheit: Ihr Sohn war einer der Rekruten, die von Offizieren in der Kaserne misshandelt worden waren. Sie setzte für Roman einen Kurzurlaub durch und fuhr mit ihm nach St. Petersburg, nahm Kontakt mit dem Soldatenmütterkomitee auf und reichte bei der dortigen Staatsanwaltschaft eine Klage gegen die Offiziere ein.

Am 14. 9. 2009 setzte sich die Leitung der Truppeneinheit, in der Roman diente, mit ihm in Verbindung und drängte ihn, die Klage zurückzuziehen. Als Gegenleistung versprochen die Offiziere eine Untersuchung durch eine militärmedizinische Kommission und danach die Freistellung vom Wehrdienst. Am 19. September suchte Roman das 442. Militärhospital in St. Petersburg auf. Weil er nicht sicher war, ob die Offiziere ihr Wort halten würden, nahm er Svetlana Utkina, Mitarbeiterin des Soldatenmütterkomitees, mit. Sie wurden bereits von zwei Offizieren von Romans Einheit erwartet. Sie fackelten nicht lange und griffen Roman an. Svetlana Utkina renkten sie die Arme aus. Sie konnte nur noch zusehen, wie sie Roman mit Gewalt auf die Straße zerzten, in einen grünen ‚Wolga‘ stießen und sofort losfuhren.

Das Soldatenmütterkomitee reichte Klage bei der Militärstaatsanwaltschaft ein und unterrichtete die Ermittlungszentrale des Justizministeriums. Bei der Miliz erstattete es Anzeige wegen Menschenraubs.

Seit sich in den Achtzigerjahren desertierte Soldaten der Westgruppe – so nannten sich die sowjetischen Besatzungstruppen in der DDR, die dort bis zum 31. 8. 1994 stationiert waren – mit der Bitte um Hilfe an die IGFM wandten, weil sie die Erpressungen und Misshandlungen der Ranghöheren bis hin zu Morden und Selbstmorden nicht mehr aushielten, befasst sich die IGFM mit dem Phänomen „Dedowschtschina“ – der brutalen Herrschaft der Längerdienenden.

(siehe IGFM-Dokumentationen „Schule des Hasses und der Gewalt“ (1991) bis „Das russische Militär und seine Militärgerichtsbarkeit“ (1995))

Mit Glasnost und Perestroika organisierten sich die Mütter der in der Armee ermordeten Söhne als Soldatenmütterkomitees. Sie verlangten die Wahrheit über die Todesursache ihrer Kinder, denn selbst der Abschied wurde ihnen verwehrt; als „Fracht 200“ erhielten die Eltern einen zugeschweißten Metallsarg und eine nichtssagende Sterbeurkunde, so dass ihnen die Möglichkeit der Strafverfolgung genommen worden war. Jährlich bis zu 5.000 tote junge Opfer gewalttätiger Ranghöherer, die straffrei ausgingen. In den Neunzigerjahren hatten wir den Eindruck gewonnen, dass sich etwas ändern würde; seit ein paar Jahren aber finden immer wieder mehr Rekruten den Tod, und die Soldatenmütterkomitees werden bedroht, ihre Arbeit behindert durch Verleumdung, Einbruch und sogar tätliche Angriffe. Allein in St. Petersburg liegen zurzeit 15 Rekruten nach Misshandlungen in lebensbedrohlichem Zustand in Krankenhäusern, meldete uns das Soldatenmütterkomitee. Die IGFM unterstützt die Recherche, Registrierung, Archivierung und Öffentlichkeitsarbeit des Soldatenmütterkomitees. Bitte tun Sie es auch. **Kennwort: Soldatenmütter (35)**

Ihre Spende überweisen Sie bitte

unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer

auf folgendes IGFM-Konto:

Konto-Nr. 23 000 725,

Taunus-Sparkasse, BLZ 512 500 00



## Pakistan: Christen in Gefahr

### Sterbender Christ vom Krankenhaus zurückgewiesen

*Seit Generationen leben Christen und Muslime in der Kleinstadt Ajaniawala. Reibereien gab es schon immer, aber nie war die Frage der Existenzberechtigung gestellt worden. Das ist seit einigen Jahren anders. Die Saat radikal-islamischer Prediger ist aufgegangen: die Christen sollen verschwinden. Wer nicht folgt oder konvertiert, ist seines Lebens nicht mehr sicher.*



Arif Masih, 37 Jahre alt, Vater von fünf Kindern zwischen zwei und vier Jahren, ist an seinem Arbeitsplatz bei der Gemeindebehörde der einzige Christ. Seit zwei Jahren drängten ihn Mitarbeiter, zum Islam überzutreten. Dem Drängen folgten Morddrohungen, die er auf die leichte Schulter nahm.

Am 4. März 2009 versammelten sich seine Vorgesetzten Waqar Sarwar, Ali Usman und zwei weitere Freunde im Aufenthaltsraum der Dienststelle und riefen Arif herbei. Sie forderten ihn ultimativ auf, sich zum Islam zu bekennen, aber Arif wollte sich darauf nicht einlassen. Sie fühlten sich durch Arifs Reaktion beleidigt und begannen, Arif zu schlagen. Einer der Angreifer zog ein Schlachtermesser und schnitt ihm in die Kehle wie einem Tier, das ausbluten sollte, während die anderen weiter auf ihn einschlugen und ihn beschimpften. Dann ließen

sie ihn zum Sterben allein. Ein Straßenkehrer fand ihn. Arifs Angehörige wollten den Sterbenden in das Krankenhaus in Sheikhpura bringen, doch die Krankenhausleitung wies sie zurück: Das sei nicht ihr Fall, sondern eine Polizeiangelegenheit. Sie brachten Arif nach zweistündiger Autofahrt in das Meo-Hospital in Lahore. 12 Tage lag Arif im Koma, aber er hat überlebt.

Rechtsanwältin Aneeqa Akthar von VOICE bot der nun mittellosen Familie humanitäre Hilfe an und erstattete Anzeige wegen Mordversuch und Nötigung. Inzwischen ist der Fall beim Hohen Gericht in Lahore anhängig und die mutmaßlichen Täter sitzen im Gefängnis. Arif's Brüder und Freunde werden nun von allen Seiten bedroht; die Polizei versucht, einen Kompromiss zwischen den Parteien auszuhandeln.

### Christin droht Todesstrafe

*Am 19. Juni 2009 verhaftete die Polizei in Itanwali, etwa 75 km von Lahore entfernt, Aisya Bibi. Die Mutter von zwei heranwachsenden Kindern, die ältere 13-Jährige ist behindert, arbeitete als Tagelöhnerin in einer Obstbauplantage und war von drei islamischen Kolleginnen beschuldigt worden, am 14. Juni 2009 in einem Gespräch über religiöse Minderheiten den Propheten Mohammed beleidigt zu haben.*

Auf Betreiben des Imam wurde sie zunächst zur Polizeistation und dann in das Bezirksgefängnis der Stadt Sheikhpura gebracht. Aisyas Ehemann, ein Ziegeleiarbeiter, tauchte daraufhin mit den beiden Töchtern aus Angst vor weiteren Übergriffen unter. Aisya Bibi droht nach § 295 C des pakistanischen Strafgesetzbuches die Todesstrafe.

Bei einer Gerichtsverhandlung am 15. Juli lehnte der Richter nach Drohungen durch eine Gruppe von Muslimen im Gerichtssaal eine Freilassung gegen Kautions ab und leitete den Fall an das Oberste Gericht in Lahore weiter. Die pakistanische Menschenrechtsorganisation CLAAS geht von erfundenen Vorwürfen gegen Aisya Bibi aus. Bis es zu einem Urteil kommt, können mehrere Jahre vergehen. Aisya Bibi ist zudem durch islamische Gewalttäter auch im Gefängnis nicht sicher.

Die IGFM unterstützt in Pakistan CLAAS und VOICE. Da Vereine wie CLAAS und VOICE, die verfolgten Christen helfen, nicht mit großzügigen Spenden im eigenen Land rechnen können – Spender würden die nächsten Opfer werden –, sind sie auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Unsere Hilfe ist für die Christen in Pakistan ein Zeichen, das Religionsfreiheit nicht an den Grenzen islamischer Staaten endet. Wir bitten Sie: helfen Sie! Spenden Sie großzügig!

**Kennwort Pakistan (41)**

**Beteiligen Sie sich! Unterstützen Sie:**

### Pakistan - Petition zur Abschaffung des Blasphemie-Gesetzes

Seit der Einführung der Scharia als Verfassungsgrundlage sind in Pakistan schon mehrere Hundert Menschen wegen Blasphemie nach §§ 295 b und c und 298 a, b, c des pakistanischen Strafgesetzbuches zu langjährigen Haftstrafen und sogar zum Tode verurteilt worden; in den meisten Fällen zu Unrecht. Einige haben ihre Freilassung internationaler Unterstützung zu verdanken. Darauf bauen wir auf und fordern nachdrücklich die Abschaffung dieser Unrechtsparagrafen. an: **Präsident Asif Ali Zardari, Pakistan Sekretariat, Islamabad, Pakistan**

### Türkei – Petition zur Wiedereröffnung der Pauluskirche in Tarsus

Anlässlich der 2000. Wiederkehr des Geburtstags von Apostel Paulus wurde in Tarsus die Paulus-Kirche, zuvor nur als Museum zugänglich, geöffnet. Mit Ende des Gedenkjahres am 29. Juni 2009 erklärten die Behörden die Kirche wieder zum Museum. Gottesdienste müssen drei Tage vorher angemeldet und genehmigt werden und Eintrittskarten bezahlt werden. Das, sowie weitere Maßnahmen zulasten christlicher Pilgerstätten, bedeutet einen Rückschritt. Wenn in Ankara zur gleichen Zeit zwei Moscheen, die auch zu Museen erklärt worden waren, wieder zu Gebetshäuser erklärt worden sind, stellt sich die Frage, warum das nicht auch für Christen möglich sein soll. an: **Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan Basbakanlik 06573 Ankara, Türkei**

### Sudan – Petition gegen Peitschenhiebe

Weil sie Hosen in der Öffentlichkeit getragen haben, was nach Ansicht der Staatsicherheit gegen die Scharia verstößt, erhielten mehrere Frauen in Khartum an Ort und Stelle 10 Schläge mit der Peitsche und eine Geldbuße von umgerechnet 70 Euro auferlegt. Die Journalistin Lubna Hussein wollte sich nicht schlagen lassen und zog vor Gericht. Sie wurde – vermutlich wegen des internationalen Interesses – gegen eine Geldbuße freigelassen. Frau Hussein will aber weiter für die Rechte der Frau kämpfen. Damit der Fall nicht in Vergessenheit gerät und Frau Hussein unbemerkt schwer bestraft wird, müssen wir immer wieder an den Fall erinnern.

Bitte bestellen Sie eine Unterschriftenliste!

# Bürger bieten China Paroli

## Buchmesse bleibt Forum für Meinungs- und Pressefreiheit

Fast wäre es zu einem handfesten Skandal gekommen, wenn den beiden von der Frankfurter Messegesellschaft geladenen chinesischen Regimekritikern nicht die Öffentlichkeit zur Seite gestanden hätte. Einer der beiden eingeladenen, ausgeladenen und schließlich doch wieder eingeladenen Gäste, der Regimekritiker und Schriftsteller Bei Ling, besuchte die IGFM-Geschäftsstelle und den Stand der IGFM auf der Buchmesse. Er zog eine nüchterne Bilanz: „China hat keine Fernseh- oder Radiostation, keine Zeitung oder Verlagshaus, die nicht dem Staat gehören oder unter seiner Kontrolle – sprich der kommunistischen Partei – stehen. Bücher und Publikationen müssen „politisch korrekt“ sein, sonst dürfen sie nicht veröffentlicht werden. Zensoren in den Verlagen wachen darüber, dass verbotene oder die Staatssicherheit gefährdende Bücher nicht veröffentlicht werden können, denn Autoren wie Verlage erwarteten dafür eine empfindliche Bestrafung. Das hat zur Folge, dass sich die meisten Schriftsteller bereits beim Verfassen der Texte selbst zensieren, denn ohne Veröffentlichung hätten sie keine Einnahmen und somit kaum eine Überlebenschance. Kommt ein Autor erst einmal auf die Schwarze Liste, kann er in seinem Heimatland nicht mehr seine Bücher verlegen, mehr noch, alle vorherigen Bücher verschwinden aus den Regalen der Buchhandlungen – Folge: keine Bezahlung, keine Lizenzgebühren.“



Bei Ling unterstreicht daher die Bedeutung der öffentlichen Unterstützung der freien Autoren. Die IGFM hatte das auf der Buchmesse eindrücklich getan: der Messestand wurde als „Chinese Writers Point“ in den Messekatalog gestellt und als Treffpunkt für chinesische Schriftsteller umworben. Mehr als 20 chinesische Autoren waren unserem Ruf gefolgt und haben an unserem Stand aus ihren Büchern vorgelesen oder der Presse Interviews gegeben. Wie viele staatstreue Schriftsteller und auch Spitzel unter den Besuchern und Zuhörern waren, wissen wir nicht, aber wir sind sicher, dass sie ein Stück Erinnerung an Meinungsfreiheit mit nach Hause genommen haben.

Wir danken der Messegesellschaft, die uns bei der Umsetzung unseres Vorhabens unterstützt hat.

## Falsche Propheten stoppen!

Am 11. 12. 2009 kommt der ägyptische Religionsminister Prof. Dr. Mahmoud Hamdi Zakzouk nach Bonn, um an einem hochkarätig besetzten Symposium zum Thema „Vom Nahen Osten lernen für den Religionsdialog in Deutschland“ zu sprechen. Seine Lehrmeinung zur Religionsfreiheit aber ist: „Jeder Mensch ist frei, seinen Glauben zu wählen und hat das Recht zu eigenen Meinungen, sogar der Atheist. Niemand hat das Recht, gegen seine Glaubensauffassungen einzuschreiten, solange er seine Gedanken für sich behält und sie nicht unter den Leuten verbreitet, um sie durcheinander zu bringen in Bezug auf ihre moralischen Werte. Versucht er aber, diese verkehrten Gedanken, die im Widerspruch zu den Bekenntnissen und Moralauffassungen der anderen Mitmenschen stehen, zu verbreiten, so verstößt er gegen die allgemeine Ordnung des Staates, in dem er lebt, weil sich dadurch Zweifel unter seinen Mitbürgern ausbreiten, die zum Aufruhr führen können. Jeder der sich so verhält, wird der Bestrafung unterworfen. Er kann sogar des Hochverrats angeklagt werden, der mit dem Tod bestraft wird, nicht weil er seinen Glauben abgelegt hat, sondern weil er durch seine Gedanken Verwirrung im Staat verbreitet und gegen die Ordnung verstoßen hat. ... Das alles bedeutet aber nicht, dass wir dafür sind, dass Salman Rushdie hingerichtet oder auch nur vor Gericht gestellt wird, da er nicht in einem islamischen Land lebt.“

nachzulesen unter <http://www.way-to-allah.com/dokument/Fragenzumislam.pdf>, Seite 107ff)

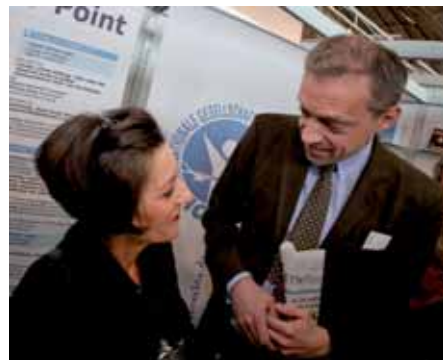
Wir wollen die Veranstalter aufklären und Prof. Dr. Zakzouk zur Rede stellen.

**Bitte fordern Sie eine Unterschriftenliste an!**

Aus den Begegnungen, Interviews und Zitaten stellt die IGFM eine Broschüre „David gegen Goliath – Autoren für Meinungsfreiheit in China“ zusammen. Mit Übersetzung und Druck werden wir etwa 3.000 Euro benötigen. Wenn Sie sich eine Broschüre (voraussichtlicher Verkaufspreis 5 Euro) sichern wollen, können Sie sie bei uns einfach per Brief, Fax, Mail formlos bestellen.

**Kennwort: Buchmesse (26)**

**Herta Müller:**  
„Ich habe das Glück gehabt,  
eine Diktatur zu überleben“



Literaturnobelpreisträgerin

Herta Müller

im Gespräch mit

IGFM-Präsident

Alexander Frhr. v. Bischoffshausen

am Stand der IGFM auf

der Buchmesse in

Frankfurt am Main

### Impressum

#### **Herausgeber:**

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte -  
Deutsche Sektion e.V. (IGFM)  
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,  
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax: 069 - 420 108 33  
E-Mail: [info@igfm.de](mailto:info@igfm.de) Internet: [www.igfm.de](http://www.igfm.de)  
UstIDNr. DE 1142 35 684

#### **Redaktion:** Karl Hafen

#### **Erscheinungsweise:** alle zwei Monate

#### **Druck:** MDV, Merziger Druckerei, Merzig

#### **Satz und Layout:** Angelika Kleine

#### **Sektion Österreich:**

Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien,

Tel.: 1 - 332 95 43, Fax: 1 - 330 62 68

#### **Sektion Schweiz:**

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,

Tel.: 32 - 331 75 67, Fax: 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.